

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 136 (1970)

Heft: 10

Artikel: Die nationale Verteidigung im Haushaltvoranschlag der USA für das
Rechnungsjahr 1971

Autor: Adam, Robert

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-46207>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

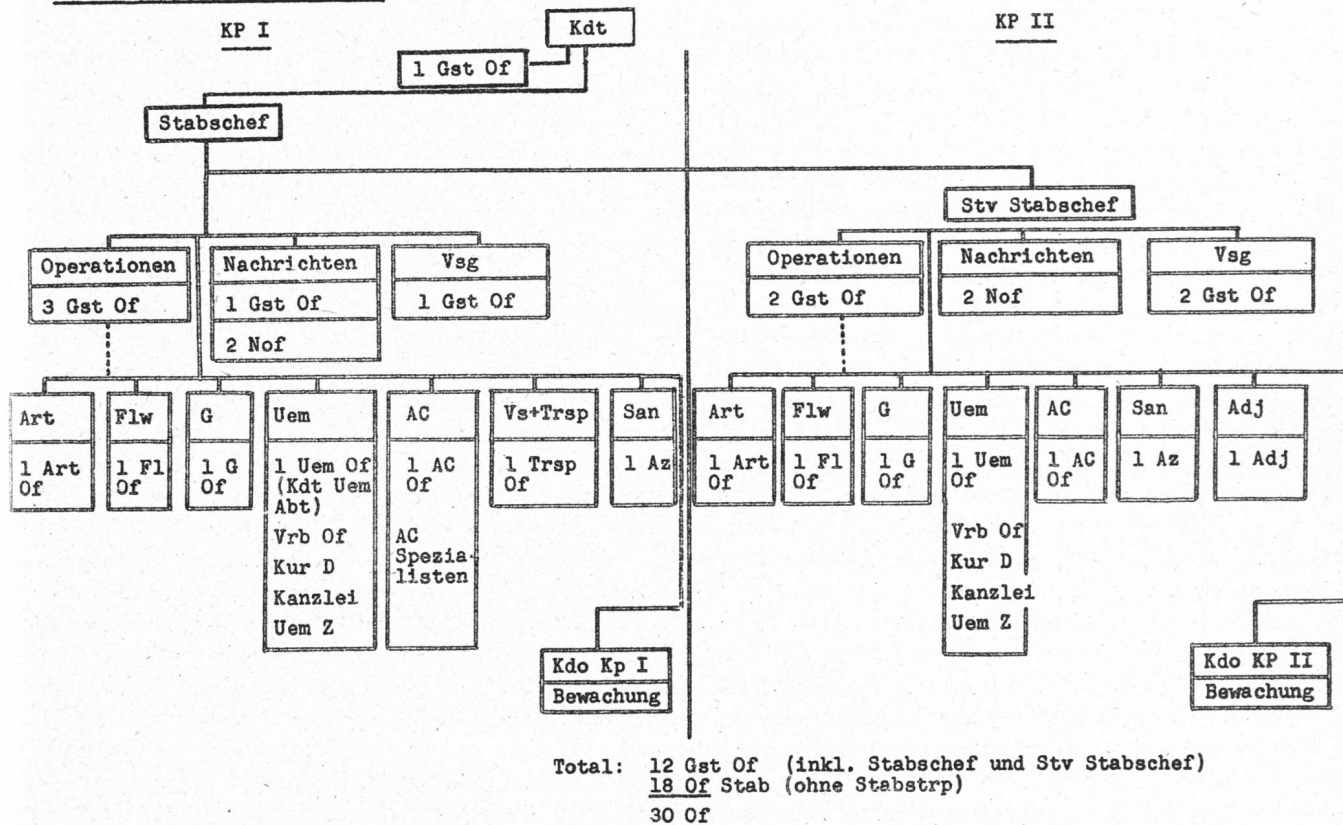
Werden alle vorstehend aufgeführten Möglichkeiten rücksichtslos ausgeschöpft, so ergibt sich ungefähr die in der folgenden Tabelle dargestellte Gliederung eines Divisionsstabes.

Neu gebildet würden folgende Stäbe:

- ein Heereseinheits-Kommandostab (im Gegensatz zum Führungsstab gemäß Tabelle);
- ein Nachschub-Regimentsstab, dem die beiden Versorgungsbataillone der Division zu unterstellen sind.

Auf diese Weise würde jeder Heereseinheitskommandoposten ungefähr auf das Ausmaß eines heutigen Regimentskommandopostens reduziert. Damit sind die eingangs erwähnten Nachteile praktisch behoben. Es ist zuzugeben, daß diese Straffung mit gewissen Nachteilen erkauft werden müßte; zweifellos wäre das ganze Problem in allen Einzelheiten näher zu überprüfen, und die neuen Lösungen wären in Übungen praktisch zu erproben. Unbedingt notwendig scheint es mir aber, diese Prüfungen rasch und energisch einzuleiten.

Heereseinheits-Führungsstab (ohne Kommandostab)



Die nationale Verteidigung im Haushaltvoranschlag der USA für das Rechnungsjahr 1971

Dr. Robert Adam

Im Haushaltvoranschlag für das vom 1. Juli 1970 bis zum 30. Juni 1971 laufende Rechnungsjahr 1971, den Präsident Nixon im Januar 1970 dem Kongreß vorgelegt hat, ist die starke Einsparung im Abschnitt «Nationale Verteidigung» und die Verlagerung des Schwergewichts auf den sozialen Sektor der entscheidende Faktor, wie aus folgender Gegenüberstellung ersichtlich ist:

	Rechnungsjahr 1969		Rechnungsjahr 1970 (geschätzt)		Rechnungsjahr 1971 (geschätzt)	
	Mil-lionen Dollar	in % des Haushaltes	Mil-lionen Dollar	in % des Haushaltes	Mil-lionen Dollar	in % des Haushaltes
Nat. Verteidigung inkl. Kriegskosten	81 240	44,0	79 432	40,1	73 583	36,7
Erziehung und Berufsschulung ..	6 825	3,7	7 538	3,8	8 129	4,0
Gesundheitspflege	11 696	6,3	13 265	6,7	14 957	7,4
Soziale Fürsorge .	37 399	20,3	43 832	22,2	50 384	25,1
Veteranenfürsorge	7 640	4,1	8 681	4,4	8 475	4,2

Unterstellt man dem Begriff «Sozialer Sektor» in seiner weitesten Fassung auch Erziehung und berufliche Schulung, Gesundheitspflege und Veteranenfürsorge, so ergibt sich ein Anteil von 40,7% im Gesamtbudget gegenüber den 37,6% der nationalen Verteidigung. Während man bei der Vorlage des vorjährigen Haushaltvoranschlags für das jetzt laufende Rechnungsjahr 1970, das am 30. Juni 1970 endet, noch geglaubt hatte, die Minderung der Kriegskosten werde den militärischen Haushaltsektor wenig berühren, da der Krieg die Kräfte für die nationale Verteidigung in allen Zweigen geschwächt hat, insbesondere die Abwehr gegen Atomraketen noch in den Anfängen steckt, hat sich Nixon nunmehr zu weitgehenden Einsparungen in vielen Abteilungen des Haushalts entschlossen, wovon naturgemäß der höchste Haushaltsposten in erster Linie betroffen wird. Um diese Wandlung zu erläutern, ist ein kurzer Rückblick auf die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre vonnöten.

Im August 1967, angesichts der Ausweitung des Krieges nach weitverbreiteter Meinung viel zu spät, entschloß sich Präsident Johnson, dem Kongreß eine Erhöhung der Einkommen- und

Körperschaftsteuer um 10% vorzuschlagen. Der Kongreß, der bisher der Parole «Butter und Kanonen» allzu willig gefolgt war, machte seine Zustimmung – die er nach langen Debatten erst im Juni 1968 erteilte – davon abhängig, daß die Ausgaben in dem am 1. Juli 1968 begonnenen Rechnungsjahr 1969 gegenüber dem Voranschlag um 6 Milliarden Dollar gekürzt werden und eine durchgreifende Steuerreform in Angriff genommen wird, die die Steuerlast unter Schonung der Minderbemittelten und Ausfüllung der zahlreichen Steuerlücken gerechter verteilt. Die Steuererhöhung konnte auf das am 30. Juni 1968 zu Ende gegangene Haushaltjahr 1968 keinen Einfluß mehr haben, so daß das Defizit dieses Rechnungsjahrs den horrenden Betrag von 25,2 Milliarden aufwies, das höchste Defizit seit den Jahren des zweiten Weltkriegs. Die Bundesschuld war bis zum Juni 1968 auf die astronomische Höhe von 369,8 Milliarden geklettert.

Die Inflationsquote, die sich in den USA bis zum Jahre 1965 jährlich nur zwischen 1 und 1 ½% bewegt hatte, steigerte sich in den Kalenderjahren 1966 und 1967 auf je 3,2%. Im Kalenderjahr 1968 standen die USA mit 4,7% unter den Industriestaaten der westlichen Welt nach England (6%) und Holland (4,9%) an dritthöchster Stelle.

Die seit Jahren passive Zahlungsbilanz der USA, die die Dollar Guthaben in Händen ausländischer Zentralbanken und Privater auf 33 bis 34 Milliarden Dollar anwachsen ließ, das gewaltige Ansteigen der Bundesschuld, das bevorstehende Defizit des Haushaltjahres 1968 und die inflationären Erscheinungen führten im Frühjahr 1968 zu einer Vertrauenskrise in die Wertbeständigkeit des Dollars, die die schleunigst nach Washington einberufene Konferenz der Leiter der wichtigsten Zentralbanken nur durch Spaltung des Goldpreises vorläufig beschwichtigen konnte.

Angesichts der durch die Steuererhöhung zutage getretenen Bemühungen der USA, ihr Haus finanziell wieder in Ordnung zu bringen, hat das Vertrauen des Auslands schnell in so starkem Maß wieder zugenommen, daß durch den Ankauf amerikanischer Aktien und festverzinslicher Wertpapiere durch Ausländer in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres 1968 die Zahlungsbilanz des Kalenderjahres 1968 nach vielen passiven Jahren mit einem Betrag von 158 Millionen Dollar aktiv abschloß.

Freilich war das keine dauernde Heilung. Das Kalenderjahr 1969 endete wieder mit einer starken passiven Zahlungsbilanz – die offizielle Zahl ist noch nicht bekannt geworden –, da das ausländische Kapital bei den steigenden Zinssätzen in Westeuropa großenteils wieder den Rückweg angetreten hat.

Das Ende des Rechnungsjahrs 1969 (30. Juni 1969) brachte einen weiteren Lichtblick. Zum erstenmal nach vielen Jahren ergab sich ein Überschuß der Bundeseinnahmen über die Ausgaben in Höhe von 3,1 Milliarden. Die günstige Entwicklung der Wirtschaft, die steigenden Löhne und Gehälter hatten das Aufkommen aus den beiden erhöhten Steuern über Erhalten anwachsen lassen.

Die Erhöhung der Einkommen- und Körperschaftsteuer um 10% war zunächst nur bis 30. Juni 1969 genehmigt worden. Der Kongreß erstreckte im Juni 1969 das Gesetz bis 31. Dezember 1969, verband aber die Weiterverlängerung der Erhöhung um nur 5% bis zum 30. Juni 1970 mit der Steuerreform, wobei er bei den Steuererleichterungen weit über den Vorschlag des Präsidenten hinausging. Damit war Nixon vor die schwere Entscheidung gestellt, entweder dem vom Kongreß beschlossenen Gesetz mit seiner Unterschrift Rechtskraft zu erteilen oder von dem ihm nach Artikel I, Sektion VII, Absatz 2 der Verfassung zustehenden Vetorecht Gebrauch zu machen. Ein Veto hätte nur mit einer – bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Kongresses nicht zu erreichenden – Zweidrittelmehrheit in

beiden Häusern «überritten» werden können. Somit wäre durch das Veto der Gesetzentwurf nicht Gesetz geworden, aber auch die Verlängerung des Steuerzuschlags ins Wasser gefallen; denn gegen einzelne Abschnitte eines Gesetzes kann der Präsident kein Veto einlegen. So entschied sich Nixon schweren Herzens zur Unterzeichnung; das geht aus seiner Erklärung hervor, das Gesetz enthalte gute und schlechte Vorschriften.

Bei der Ausarbeitung des Haushaltvoranschlags für das Rechnungsjahr 1971 stand daher der Präsident vor der Aufgabe, trotz dem Sinken der Einnahmen durch den Wegfall des fünfprozentigen Zuschlags ab 1. Juli 1970 und durch die Steuerreform den Haushalt auszugleichen. Erstes Erfordernis war, den Rückfall in die frühere Defizitwirtschaft zu vermeiden, die die Hauptquelle der fortschreitenden Inflation war.

Allen Bemühungen in der Richtung ihrer Eindämmung ist bis heute kein Erfolg beschieden gewesen. Im Gegenteil: Noch steht die Inflationsquote des Kalenderjahres 1969 nicht endgültig fest. Im Bundesvoranschlag wird sie mit «fast 6%» angegeben. Damit übersteigt sie die Quote des Vorjahres beträchtlich. Wohl zeigen sich in der Wirtschaft im Rückgang der Investitionen, im Absatz von Autos, im Verbrauch des Publikums, im Ansteigen der Arbeitslosenquote von 3,4% des Bestands der Arbeitskräfte im März 1969 auf 4,2% im Februar 1970 erste Anzeichen für die erstrebte Abkühlung der überhitzten Wirtschaft; auf dem Baumarkt, der erfahrungsgemäß durch hohe Hypothekzinsen (8% und höher) und durch die weit über den Durchschnitt anderer Berufsgruppen gestiegenen Löhne von den die Inflation hemmenden Maßnahmen am stärksten betroffen wird, ist schon von einer Rezession zu sprechen. Man tröstet sich mit der Erfahrung aus früheren Zeiten vorübergehenden Stillstands oder leichten Rückgangs der wirtschaftlichen Entwicklung, daß sich die die Inflation bekämpfenden Maßnahmen, insbesondere hohe Zinsen und Krediterschwerungen und -restriktionen, erst nach geraumer Zeit auswirken.

Das Rechnungsjahr 1970 endet erst am 30. Juni 1970. Infolgedessen kann der Voranschlag die Zahlen der folgenden Tabelle für beide Rechnungsjahre nur schätzungsweise angeben (in Milliarden Dollar). Die Beiträge zur Sozialversicherung, zu Pensionskassen und für Straßenherstellung werden in besonderen «trust funds» verwaltet und in den USA als Steuern betrachtet.

	Rechnungs- jahr 1970	Rechnungs- jahr 1971
Einkommensteuer	92,2	91,0
Körperschaftsteuer	37,0	35,0
Sozialversicherungssteuern, Beiträge zu Pensionskassen und für Straßenherstellung	44,8	49,1
Verbrauchssteuern	15,9	17,5
Alle anderen Einnahmen	9,4	9,5
Zusammen	199,4 ¹	202,1

¹ Infolge von Auf- und Abrundungen entspricht die Addition nicht genau den Einzelposten.

Mit 202,1 Milliarden übersteigt der Bundeshaushalt zum erstenmal die Zweihundertmilliardengrenze. Wenn man aber die Inflationsquote des kommenden Jahres mit schätzungsweise 5% in Betracht zieht, bleibt der tatsächliche Wert mit etwa 10 Milliarden unter dem des Vorjahres.

Die jetzt vorgesehene gewaltige Kürzung des Verteidigungshaushalts ist teilweise auf die Vietnamisierung des Krieges zurückzuführen. Die Kriegskosten betragen (in Milliarden Dollar):

Rechnungsjahr	Kriegskosten	Rechnungsjahr	Kriegskosten
1965	103	1968	26 839
1966	6 094	1969	29 192
1967	20 557	1970 (geschätzt) ...	25 733

Unmittelbar nach Regierungsantritt (20. Januar 1969) hat Nixon weitere Einsparungen im Militärssektor in die Wege geleitet. Einige Beispiele: Mehr als 300 militärische Basen, davon 27 in Übersee, sind im Kalenderjahr 1969 geschlossen oder gekürzt worden. Der Bestand von Truppen außerhalb der USA ist von 1 193 000 im Laufe des Jahres 1969 um 324 000 Mann vermindert worden. Weitere Abzüge stehen bevor. Im Senat, nicht in Regierungskreisen, besteht die Absicht, auch von den 220 000 Mann, die zu Anfang 1970 in der Bundesrepublik Deutschland stationiert waren, einen Teil abzuziehen. Der Bestand der bewaffneten Macht soll bis Mitte des Jahres 1970 um 300 000 Mann vermindert werden, die zivilen Kräfte im Verteidigungssektor um 76 700. In der Kriegsflotte sollen die 120 ausscheidenden Schiffe durch nur 48 neue ersetzt werden. Auch die Luftwaffe wird betroffen; statt 120 großer Flugzeuge zur schnellen Beförderung von Truppen nach Übersee werden nur 87 in Auftrag gegeben. Der Ankauf von Kampfhelikoptern, die sich in Vietnam bewährt haben, wird unterlassen.

Hingegen sind die *strategischen Nuklearwaffen* vom Sparprogramm ausgeschlossen, der Voranschlag zeigt sich hier spendefreudig. Erwähnt seien: «Poseidon», ein Raketengeschoß mit mehrfachen Sprengkörpern, das das gegenwärtig von U-Booten gefeuerte «Polaris»-Geschoß ersetzen soll, und «Ulms» (underwater long-rang missile system), ein Unterwasserraketengeschoß mit großen Reichweiten, das von der amerikanischen Küste tief nach Rußland oder China hineinreichen soll. Auch die Luftwaffe erhält 100,2 Millionen Dollar, um BI zu entwickeln, einen neuen strategischen Bomber mit Raketen.

Der Abbau militärischer Einrichtungen wird in einigen der fünfzig Gliedstaaten empfindlich zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beitragen. In Alaska, dem meistbetroffenen Staat, sind 31,6% aller Arbeitsplätze militärischer Art.

Die Verlagerung des Gewichts *von den konventionellen auf die Nuklearwaffen* ist für die europäischen Verbündeten von Bedeutung. Der mit konventionellen Waffen geführte Krieg in Vietnam hat gezeigt, daß selbst das mächtigste Land der Welt einen Krieg mit einer kleinen, weit entfernten Nation nur gewinnen könnte, wenn es Anstrengungen und Opfer bringen würde; doch weder der Kongreß noch die breite Öffentlichkeit hat dazu Bereitwilligkeit gezeigt. Die Lehre, die die USA aus bitteren Erfahrungen ziehen, läuft offenbar darauf hinaus, sich von der Rolle des Polizisten in aller Welt zurückzuziehen, möglichst wenig Verpflichtungen gegenüber anderen Nationen einzugehen und das Schwergewicht der nationalen Verteidigung auf den Ausbau nuklearer Bewaffnung zu legen, die die Balance zu der gegenwärtig allein als möglicher Gegner in Betracht kommenden UdSSR hält und infolge des geringeren Personalbestands bedeutend billiger zu stehen kommt als die konventionellen Kräfte. Dafür einige Beispiele: Die Kosten einer nicht im Kampf stehenden Division von 15 000 Mann in Übersee belaufen sich im Jahr auf 185,3 Millionen Dollar. 70 nicht im Kampf stehende Kampfflugzeuge erfordern einen jährlichen Aufwand von 70 Millionen Dollar. Hingegen kostet die Haltung von 50 Atomgeschossen innerhalb der USA nur 40 Millionen; sie haben aber die vielfache Zerstörungskraft von konventionellen Streitkräften.

Nixon, der vor kurzem die Einberufung zur Wehrmacht durch ein Lotteriesystem eingeführt hat, hat auch im gegenwärtigen Haushaltplan die Absicht kundgegeben, die Militärdienstpflicht in Friedenszeiten abzuschaffen und die bewaffnete Macht aus Freiwilligen zu bilden. Für 1972 ist als wünschenswertes Ziel ein Bestand von 2 500 000 Mann vorgesehen, der vermutlich durch Freiwillige gefüllt werden kann.

Mancher westeuropäische Beobachter mag von der umfangreichen Kürzung des Militärbudget peinlich berührt sein; denn diese Minderung bedeutet einen Hinweis an die westeuropäischen Verbündeten, in Zukunft in ihren militärischen Anstrengungen fester auf eigenen Füßen zu stehen.

Die Kürzungen im Militärssektor, die Hinwendung auf dringende innenpolitische Probleme, die durch den langen Krieg in den vergangenen Jahren zu kurz gekommen sind, die gleichzeitige Einsparung bei anderen Sparten des Haushalts und die Sorgfalt, mit der ein Rückfall in die allzu lässige Finanzgebarung der vergangenen Epoche vermieden wird, werden das *Vertrauen des Auslands* in eine solide Finanzwirtschaft der USA stärken. Gelingt es in absehbarer Zeit, der Inflation Herr zu werden und die passive Zahlungsbilanz der USA auszuschalten oder auf ein erträgliches Maß zu beschränken, so wird der amerikanische Dollar wieder im alten Glanz erstrahlen und die Grundlage für die erste Rolle der USA im Wirtschaftsleben und im Verteidigungssystem der westlichen Welt bilden.

Als österreichischer Kurier-Offizier in Bern 1917/18

Ernst Putz

Auf der Suche nach den Spuren eines im ersten Weltkrieg gefallenen österreichischen Offiziers bekannten schweizerischen Namens stieß der Verfasser dieses Beitrages auf die Kriegsaufzeichnungen des damaligen k.u.k. Oberleutnants Karl Graf GALLER und entnahm daraus mit dessen Genehmigung eine Schilderung seiner Erlebnisse und Tätigkeit als Kurieroffizier beim k.u.k. Militärattaché in Bern, die hier wiedergegeben werden soll (Abbildung 1).

Wie oft im Leben, spielte wohl auch bei der Kommandierung des Oberleutnants Graf Galler zum Kurieroffizier der Zufall eine Rolle. Es war am berühmten Tolmeiner Brückenkopf auf Sveta Maria im Jänner 1916. Eben hatte die vierte Isonzoschlacht ein Ende gefunden, noch zitterte der harte Karstboden von den pausenlosen Einschlägen der Geschosse, und Freund und Feind erholte sich von den furchtbaren Verlusten; Schnee lag am Berg und es ward Ruhe. Die dahindösende Grabenbesatzung, eifrig auf der Jagd nach Läusen, wurde nur durch den Besuch von Stäben unliebsam aufgeschreckt. So kam auch eines Tages der Korpskommandant von Stöger-Steiner in die Stellung. Dieser war bekannt durch seinen Ausspruch, «man müsse das Weiße im Auge des Gegners erkennen, bevor man zum eigentlichen Sturm ansetze.» Galler mußte dem hohen Herrn die Stellung am Kalvarienberg erklären und tat dies anscheinend zur Zufriedenheit jenes Mannes, der kurz darauf berufen war, Kriegsminister eines mächtigen Reiches zu werden.